

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Handeln statt Wegschauen Gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Rheinland-Pfalz

Der Landtag Rheinland-Pfalz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die rechts-extremistischen Umtriebe. Gewalttätige Übergriffe, Brandanschläge, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Skinhead-Konzerte und vieles mehr: All das ist die Realität auch im Lande Rheinland-Pfalz.

Rechtsextreme Gewalt und Rassismus müssen gesellschaftlich geächtet werden. Die Politik ist gefordert, rechtsextremistischer Gewalt entschlossen entgegenzutreten.

Der Landtag fordert deswegen eine konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten im Rahmen der bestehenden Gesetze. Die Möglichkeit, die NPD als Sammelbecken der rechten gewaltbereiten Szene zu verbieten, muss ernsthaft geprüft werden.

Der Landtag ist sich bewusst, dass der Rechtsextremismus allein auf juristischer Ebene nicht verhindert werden kann. Wirksame Politik muss im Vorfeld einer Entwicklung zum Rechtsextremismus ansetzen.

Grundlegende politische und gesellschaftliche Maßnahmen gegen die Wirkung rechtsextremistischer und rassistischer Ideologien sind:

- die Erhöhung der Chancen auf eine brauchbare Bildung und Ausbildung,
- die Verstärkung der Jugendarbeit vor allem in so genannten sozialen Brennpunkten,
- die konsequente Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
- die eindeutige Verurteilung aller ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen,
- die Ächtung von alltäglichem diskriminierendem und rassistischem Verhalten,
- eine auf Gleichberechtigung aufbauende Einwanderungs- und Integrationspolitik und die Beibehaltung des Asylrechtes,
- die ernsthafte und konsequente Vermittlung der demokratischen Werte einer toleranten und solidarischen Gesellschaft – damit deutlich wird, dass die Stärke einer demokratischen Gesellschaft auch die soziale, religiöse und kulturelle Vielfalt ist.

Darüber hinaus ist es wichtig, den rechten Gewalttätern und Ideologien mit einer eindeutigen Haltung entgegenzutreten, potenzielle Opfer zu schützen und den Opfern von Gewalttaten entschlossener zu helfen.

Die genannten Maßnahmen sind nur einige. Aber sie müssen alle gleichzeitig voran-gebracht werden, um dem Rechtsextremismus klare Grenzen zu setzen. Die Landes-regierung wird aufgefordert, im Sinne dieser Maßnahmen tätig zu werden und be-geleitend ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus zu gründen.

Für die Fraktion:  
Ise Thomas